



Deutscher
BundeswehrVerband

Der Landesvorsitzende Nord

**An alle
Kameradschaften
im Landesverband Nord**

NA.:

Landesvorstandsmitglieder LV Nord
Mitarbeiter LV Nord

Neumünster, 24. Mai 2019

Außerordentliches Landesrundsreiben 02/2019

Thema: Die Beihilfe des Bundes (BBhV)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
Sehr geehrte Kameradinnen und Kameraden!

Seit April 2018 war ein signifikanter Anstieg von Beschwerden unserer Mitglieder über zu lange Bearbeitungszeiten festzustellen. Zunächst betrafen diese Beschwerden nur den Bereich der Beihilfestelle Düsseldorf, aber ab Mai 2018 dann auch den Bereich der Beihilfestelle Stuttgart.

Nachdem das Ausmaß immer größer wurde, sah sich der Vorsitzende Ehemalige, Hptm a.D. und StHptm d.R. Albrecht Kiesner, veranlasst, dieses als TOP in die Bundesvorstandssitzung einzubringen.

Am Tag darauf hat der Bundesvorsitzende, OTL André Wüstner, die Ministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen, über diesen Missstand informiert. Fast parallel war der für Beihilfe zuständige Abteilungsleiter im Bundesverwaltungsamt (BVA), Thomas Vogelsang, zu Gast bei der AG Versorgung.

Anhand ausgesuchter Beispiele wurden ihm die Mängel im System Beihilfe aufgezeigt. Einige waren ihm so nicht bekannt; er versprach schnelle Abhilfe. Es wurde aber auch deutlich, dass er nur über begrenzte Möglichkeiten verfügt.

Als Konsequenz daraus haben wir durch den Referatsleiter R1, OTL d.R. Jens Körting, und den Justitiar des Verbandes, Major d.R. Christian Sieh, prüfen lassen, ob eine Klage in der Sache möglich wäre. Leider war das Ergebnis negativ.

In der Zeit von Juli 2018 bis heute fanden daher von Seiten des Vorstandes Ehemalige prozessbegleitend folgende Gespräche statt:

- 1 x mit dem zuständigen Staatssekretär
- 4 x mit dem AbtlLtr BVA
- 3 x mit dem Ltr Beihilfestelle Stuttgart
- 2 x mit dem Ltr Grundsatzreferat

Die Situation verschärfte sich aber zusehends, so dass sich der Abteilungsleiter Beihilfe im BVA genötigt sah, in einem offenen Brief alle beteiligten Ressorts und alle betroffenen Verbände anzuschreiben. Dabei entschuldigte er sich für die derzeitige unbefriedigende Situation. Das für die IT Infrastruktur zuständige ITZ Bund sei letztendlich in Verantwortung zu ziehen.

Die Reaktion der AG Versorgung war:

- Erneuter Versuch einer Mitgliederinitiative, diesmal erfolgreich
- Das Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär zu suchen, welches auch durch die Initiative unseres Bundesvorsitzenden zustande gekommen ist

Hinzu kam für uns der Start der Petition:

**Beihilfavorschriften des Bundes –
Anpassung der Bundesbeihilfeverordnung (BBhV) und
Durchführungsbestimmungen vom 03.02.2019**

Der zweite Versuch die Mitglieder zu aktivieren beinhaltete den Aufruf, zu lange Bearbeitungslaufzeiten an die Vorsitzenden Ehemalige auf Landesebenen zu melden. Das funktionierte dank der Kameradschaftsvorsitzenden an der Basis sehr gut.

		Anzahl der Meldenden	Anzahl der Fälle mit Laufzeiten >30 KalTage	Höchste Laufzeit Kalendertage
Landesverband	SüdD	15	44	45
	West	41	103	58
	Nord	32	45	70
	Ost	2	3	32
		90	195	

Mit diesem Ergebnis im Gepäck, begleitete der Vorsitzende Ehemalige im Landesverband Nord, OStFw a.D. Uwe Schenkel, am 02.04.2019 Albrecht Kiesner, Jens Körting sowie Sarah Jane Lange (Sacharbeiterin im Referat R1) zu einem Gesprächstermin beim Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI), Stephan Mayer.

Schwerpunktthema waren die langen Bearbeitungszeiten der Beihilfe für Versorgungsempfänger der Bundeswehr.

Nachdem Albrecht Kiesner, Jens Körting und nicht zuletzt auch Uwe Schenkel ihre Erfahrungen vorgetragen sowie belegbare Nachweise über die zu langen Bearbeitungszeiten vorgelegt hatten, konnte der Staatssekretär folgenden Sachstand feststellen:

- 1) Staatssekretär Stephan Mayer räumte persönliche Fehler ein, da dieser die Entwicklung der Beihilfe in den vergangenen zwei Monaten aus den Augen verloren hätte.
- 2) Der Abteilungsleiter im BMI war auf eine solch detaillierte Vorbereitung unsererseits nicht ausreichend gewappnet und hatte den Staatssekretär daher auch nur suboptimal gebrieft (subjektives Empfinden). Dieses führte zu einer deutlichen Verstimmung des Staatssekretärs.
- 3) Staatssekretär Mayer hat die Beihilfe nun zur Chefsache erklärt und nimmt sich der Beihilfe persönlich an. Hier kann ich anmerken, dass wir unsere vorgetragenen Punkte ganz klar als „Treffer Zielmitte“ platziert haben.
- 4) Staatssekretär Mayer hat uns zu einem Folgegespräch (Ende Juni) eingeladen, in dem dann, die bis dort erzielte Entwicklung besprochen werden soll.
- 5) Staatssekretär Mayer wird uns eine Übersicht zukommen lassen, welche Maßnahmen getroffen wurden und vor allem künftig getroffen werden, um die Laufzeiten deutlich zu verkürzen.

Übersicht Maßnahmenkatalog Staatssekretär:

Im Nachgang des Gespräches, ließ uns der persönliche Referent des Staatssekretärs, Herr Markus Städler, folgende Informationen zukommen.

„Inzwischen hat Herr PSt Mayer auch die beeindruckende Zahl hinsichtlich der Unterschriften zu der von Ihnen genannten Petition erreicht.

Ergänzend zu dem Gespräch möchte ich Ihnen nun im Auftrag und namens von Herrn PSt Mayer folgendes zu den geplanten Maßnahmen in Stuttgart und Düsseldorf mitteilen:

Neben den die gesamte Beihilfeabteilung des Bundesverwaltungsamts (BVA) betreffenden kurzfristigen Maßnahmen, wie z.B. interne Ausgleichsmaßnahmen, Personalverstärkung aus anderen Abteilungen und Bereichen, Verfahrensvereinfachungen in der Beihilfebearbeitung sowie Mehrarbeit auch an

Samstagen, werden folgende mittelfristig wirkende Maßnahmen speziell für die Standorte Düsseldorf und Stuttgart getroffen:

Nach Ausbau der Standorte Strausberg und Chemnitz, d.h. nach Einarbeitung des neuen Personals, werden dauerhaft Fälle aus Düsseldorf und Stuttgart nach dorthin verlagert. Die Standorte Strausberg und Chemnitz wurden für die Personalverstärkung gewählt, da es dort aussichtsreicher erscheint, zusätzliches Personal zu gewinnen und vor allem dauerhaft zu binden. Insbesondere am Standort Düsseldorf konkurriert das BVA mit zahlreichen anderen, für die Bediensteten lukrativeren Arbeitgebern, insbesondere auch aus der Bundesverwaltung. Ferner besteht das Bestreben, im Rahmen des Ziels der Regierung, in den neuen Ländern die Präsenz von Bundesbehörden zu stärken, die existierenden Standorte Strausberg und Chemnitz weiter aufzubauen.

Des weiteren wird der Standort Stuttgart dadurch gestärkt, dass der Standort München dem Standort Stuttgart als Außenstelle angegliedert wird. Die Bediensteten aus München werden – unter Betreuung aus Stuttgart – künftig Fälle aus Stuttgart übernehmen. Die bisherigen Fälle aus dem Referat München (mit hohen Bearbeitungsrückständen) werden an die Referate Strausberg und Chemnitz abgegeben. Dies geschieht zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Arbeitsbelastung und einer Erledigungssteigerung in der Abteilung ohne Personalkompensation. Am Standort Stuttgart ist zudem die Einstellung von zehn auf fünf Jahre mit dem Sachgrund Demographie befristeten Arbeitskräften (Festsetzer) geplant. Nach deren Einarbeitung werden auch Fälle aus Düsseldorf nach Stuttgart dauerhaft verlagert werden.

Wir sind zuversichtlich, dass diese Maßnahmen, über die Sie selbstverständlich sehr gerne Ihre Mitglieder informieren können, zu einer Verbesserung der Bearbeitungszeiten führen.

Selbstverständlich steht Ihnen Herr PSt Mayer, wie vereinbart, auch weiterhin sehr gerne als Gesprächspartner zur Verfügung“.

Aufgrund dieser durchgeführten Maßnahmen und Gespräche, wurden folgende Sofortmaßnahmen durchgeführt.

Verfahrensvereinfachung

- Verkürzte Bearbeitung durch risikoorientierte Prüfung, diese ist noch bis Ende Mai 2019 angeordnet
- 4 Bearbeitungssysteme wurden auf 2 Systeme zurückgeführt

Wochenendarbeit

- **Mehrarbeit** auch an Samstagen, wird noch bis Ende Juni 2019 angeordnet bleiben und bedarfsweise angewendet

Personalverlagerungen

- Personal aus der Visum-Abteilung in Köln wurde für administrative Aufgaben abgestellt
- Personal aus der Hot-Line wurde zur Bearbeitung herangezogen (daher auch die schlechte Erreichbarkeit)

Organisationsveränderungen

- Installierung einer gemeinsamen AG auf ministerieller Ebene zwischen BMI und BMF
- Hauptaufgabe ist die auftretenden org. Probleme zwischen den Ressorts zu erkennen und abzustellen
- Bildung einer Task Force im ITZ Bund, die die Störungen im Betrieb des für die Beihilfebearbeitung genutzten IT-Fachverfahrens analysiert und mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen abstellt
- Mit Wirkung vom 6. Mai 2019 wird die Beihilfestelle München in das Beihilferreferat B I 5 in Stuttgart eingegliedert. Das Referat B I 5 erstreckt sich damit über die Standorte Stuttgart und München.
- Die Außenstelle München ist dann zuständig für die Beihilfeakten des PK-Bereichs 010100-020425.
- Pflegeanträge des betroffenen Personenkreises werden weiterhin in Stuttgart bearbeitet und sind bitte an die Beihilfestelle Stuttgart zu richten.
- Zum 7. Mai 2019 werden die Aufgaben der Beihilfestelle München (bisher zuständig für die Bundeswehrdienststellen im Bundesland Bayern) verlagert.
- Für die Bearbeitung der Beihilfeanträge und sonstigen beihilferechtlichen Angelegenheiten ist dann die Beihilfestelle am Standort Strausberg (Referat B III 7) zuständig. **(Quelle BVA)**

Durch alle diese getroffenen Maßnahmen konnten die **durchschnittlichen** Bearbeitungszeiten von **derzeit ca. 10 - 12 Tage**, sowohl in Düsseldorf als auch in Stuttgart erreicht werden. Durch querschnittliche Rückmeldungen aus dem Bereich der ERH, konnten unsere Vorsitzende / Stv. Vorsitzende Ehemalige im LV Nord, diese Zeiten auch bestätigen.

Unsere beiden Vorsitzenden Ehemalige schauen der Angelegenheit positiv entgegen, werden aber das Thema Beihilfe weiterhin sehr genau beobachten.

Nun noch kurz zur Petition:

Quorum 24.06.2019; 11:00 Uhr bis 14:00 Uhr

- mögliche Teilnahme DBwV ist noch offen (***Absicht des Landesvorstandes Nord ist es, dass der Vorsitzende Ehemalige LV Nord an der Sitzung teilnimmt***)
- kann erst nach schriftlicher Einladung des Petenten geprüft werden
- ständiger Kontakt zu dem Petenten steht

Außerordentliches Landesrundsreiben 02/2019

Mehr zum Thema Petition werden wir Ihnen dann in Form eines dritten Sonderlandesrundsreiben zukommen lassen.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Andreas Brandes', written in a cursive style.

Andreas Brandes
Oberstleutnant